

EUROPAFORUMWIEN

Integrationsleitbilder und Integrationsbeiräte österreichischer Städte

Dossier zur Online-Befragung

Europaforum Wien – Zentrum für Städtedialog und Europapolitik
im Auftrag des Österreichischen Städtebunds

Eugen Antalovsky
Siegrun Herzog
Alexander Wolffhardt

Jänner 2009

Inhalt

0	Executive Summary	4
1	Einleitung	6
1.1	Integrationspolitik als kommunaler Aufgabenbereich: Herausforderung für Städte und ihr Umland	6
1.2	Inhaltliche Struktur des Dossiers	7
1.3	Befragungsdesign, Rücklauf	8
2	Die integrationspolitische Landkarte: ein Gesamtbild integrationspolitischer Aktivitäten	9
3	Integrationsleitbilder: zunehmender Trend in der städtischen Integrationsarbeit	11
3.1	Das integrationspolitische Engagement der österreichischen Städte: Leitbilder, Aktivitäten & Fachstellen	11
3.2	Beispielhafte Analyse ausgewählter Leitbilder	13
3.2.1	Inhaltliche Elemente und Handlungsfelder der Leitbilder	15
3.2.2	Entstehungsprozess der Leitbilder	17
3.2.3	Umsetzungserfahrungen ausgewählter Städte	18
4	Integrationsbeiräte: von der Interessensvertretung bis zur offenen Plattform	20
4.1	Organisationsformen von Integrationsbeiräten	21
4.1	Aufgaben & Arbeitsbereiche der Integrationsbeiräte	22
4.3	Funktionsfähigkeit & Erfahrungen von Integrationsbeiräten	23

5	Stärken & Vernetzungsbedarf der Städte	25
5.1	Erfolge in der städtischen Integrationsarbeit	25
5.1	Bedarf nach Vernetzung und Erfahrungsaustausch.....	28
6	Anhang	29
A	Fragebogen zu Integrationsleitbild und Integrationsbeirat	29
B	Liste der Städte, die an der Befragung teilgenommen haben.....	33

0 Executive Summary

Der Österreichische Städtebund setzt seit Anfang 2008 verstärkt Aktivitäten in den Themenfeldern Zuwanderung und Integration. Nach der Gründung eines Fachausschusses für Integration wurde eine Fragebogenerhebung zu integrationspolitischen Aktivitäten, Integrationsleitbildern und -beräten der österreichischen Städte durchgeführt. Die Erhebung zeigt, dass Integration als kommunale Agenda in Österreich breitflächig zum Thema wird und sich nicht nur die großen Städte mit der Thematik auseinandersetzen, sondern zunehmend auch die Klein- und Mittelstädte.

Integration wird zum breitflächigen Thema unter Österreichs Städten.

Insgesamt setzen 51 Städte Aktivitäten in der Integrationspolitik bzw. wollen sich künftig stärker mit der Thematik auseinandersetzen – ein großes Potenzial für Vernetzung und Erfahrungsaustausch im Rahmen des Fachausschusses für Integration des Österreichischen Städtebunds. Die Befragung macht deutlich, dass insbesondere in den Städten mit über 20.000 EinwohnerInnen die Beschäftigung mit Integrationsleitbildern bereits gängige Praxis geworden ist. So haben 19 der insgesamt 25 Städte mit über 20.000 EinwohnerInnen eigene Leitbilder entwickelt, planen welche bzw. orientieren sich an (entstehenden) Landesleitbildern. Dem Prozess der Leitbildentwicklung wird von den Städten eine wichtige Anstoßfunktion beigemessen, der insgesamt zu einem Qualitätssprung in der Integrationspolitik führt.

19 der 25 Städte mit über 20.000 EinwohnerInnen beschäftigen sich mit Integrationsleitbildern.

In einer vergleichenden Analyse wurden die Leitbilder sieben größerer Städte (Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Krems, Salzburg, St. Pölten und Wien) näher untersucht. Trotz zahlreicher Unterschiede, etwa betreffend Umfang, Konkretisierungsgrad der Maßnahmen oder Entstehungsprozess, liegt allen Leitbildern ein gemeinsames, zeitgemäßes Grundverständnis von Integration zugrunde, das Integration als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe sieht, Vielfalt als Potenzial erkennt und die prozesshafte Umsetzung von Integrationspolitik hervorhebt. Thematisch sind die Leitbilder durchwegs sehr breit aufgefächert und umfassen im Wesentlichen das gesamte Handlungsspektrum städtischer Integrationspolitik, vom „klassischen“ Bereich der Sprachförderung in Kindergarten, Schule und Erwachsenenbildung bis hin zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit.

Leitbilder folgen gemeinsamem Integrationsverständnis.

Neben den Integrationsleitbildern war den Integrationsbeiräten ein zweiter Schwerpunkt der Befragung gewidmet. 25 Städte geben an, einen Beirat für Integration eingerichtet zu haben. Diese Beiräte sollen generell eine Bindegliedfunktion zwischen der Zuwanderungsbevölkerung, der Stadt und den einschlägigen Einrichtungen wahrnehmen, sind aber durchwegs recht unterschiedlich organisiert. Neben den Gemeinderatsausschüssen und den politischen Interessensvertretungen („Ausländerbeirat“) stellen die Integrationsbeiräte jeweils Plattformen dar, die VertreterInnen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft in unterschiedlicher Beteiligung zusammenbringen. Das Aufgabenspektrum der Beiräte reicht von der politischen Vertretung der MigrantInneninteressen und der Beratung des Gemeinderats und der Verwaltungsdienststellen über spezifische Informationsangebote für ZuwanderInnen, der Vernetzung von Einrichtungen und AkteurInnen bis hin zur konkreten Projekt- und Maßnahmenentwicklung und der Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung des interkulturellen Dialogs.

*Wichtige
Bindegliedfunktion von
Integrationsbeiräten,
aber unterschiedliche
Organisationsformen.*

Ein weiterer Fragenblock ging den Stärken der städtischen Integrationsarbeit und dem künftigen Vernetzungsbedarf der Städte nach. Als besonders erfolgreich sehen sich die Städte vor allem was die frühe Sprachförderung in Kindergarten und Schule anbelangt, relativ wenig kann dagegen in den Bereichen interkulturelle Jugendarbeit sowie Frauen- und Mädchenarbeit weitergegeben werden. Das größte Interesse nach Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit anderen Städten konstatieren die Städte im Bildungsbereich, vom Kindergarten über die Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung – einem Kernbereich der Integrationsarbeit. Auch zum Thema Wohnen und Quartiersarbeit wollen sich die Städte künftig verstärkt austauschen, wobei es im Wesentlichen um das Zusammenleben, um Konfliktschlichtung und Maßnahmen gegen sozialräumliche Konzentrationsprozesse geht.

*Großes Interesse an
Erfahrungsaustausch in
den Bereichen Bildung
und Wohnen.*

1 Einleitung

1.1 Integrationspolitik als kommunaler Aufgabenbereich: Herausforderung für Städte und ihr Umland

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, zu deren Umsetzung die verschiedenen politischen Ebenen – Bund, Länder, Städte und Gemeinden – jeweils in unterschiedlichen Kompetenzfeldern beitragen. Den Städten kommt dabei eine besondere Rolle zu: 23 Prozent der Bevölkerung in den österreichischen Städten mit 10.000 und mehr EinwohnerInnen sind außerhalb Österreichs geboren und für rund ein Drittel aller Kinder, die in Österreichs Städten in Kindergärten gehen oder in Horten betreut werden, ist Deutsch nicht die Muttersprache¹. Diese Vielfalt bereichert die Städte, fordert aber gleichzeitig eine abgestimmte integrationspolitische Agenda. Österreichs Städte profitieren angesichts des demografischen Wandels von der Zuwanderung in erster Linie als ein stabilisierender Faktor für die Bevölkerungsentwicklung. Zuwanderung steht aber auch für Internationalität, Toleranz, Offenheit und Kreativität – Diversität wird daher auch als Standortqualität immer bedeutender im Wettbewerb der Städte und Regionen. Nicht zuletzt spielen MigrantInnen als Arbeitskräfte eine wichtige Rolle für den regionalen Arbeitsmarkt (z.B. im Tourismus, im Gesundheitsbereich, in der Bauwirtschaft etc.).

Integration ist Querschnittsaufgabe von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.

Große Städte, allen voran die Bundeshauptstadt, können in der Regel auf eine lange Tradition der Zuwanderung verweisen und haben sich großteils gut auf die Herausforderung Integration eingestellt. Konzepte und Diskussionen zur Integration von MigrantInnen fokussierten daher bislang vor allem auf die größeren Städte, die nicht nur höhere Anteile an Zugewanderten aufweisen, sondern auch über eine höhere Dichte an integrationspolitisch relevanten Einrichtungen und AkteurInnen verfügen. In Klein- und Mittelstädten steckt die politische Befassung mit Zuwanderung und Integration zumeist noch in den Kinderschuhen – hier manifestiert sich der Handlungsdruck oft nicht mit derselben Brisanz wie in einem großstädtischen Kontext. Doch Zuwanderung spielt auch abseits der großen Städte, vor allem in den industrialisierten Gebieten Vorarlbergs, Tirols oder der Steiermark, traditionell eine wichtige Rolle. Diese Städte (und Regionen) beschäftigen sich bereits seit längerem mit dem Thema Integration, was sich

Integration wird zunehmend auch Thema in Klein- und Mittelstädten.

¹ Österreichischer Städtebund, RK vom 22.1.2008

beispielsweise auch in der frühen Entwicklung von Integrationsleitbildern in diesen Regionen widerspiegelt – so hat Dornbirn als erste Stadt Österreichs bereits im Jahr 2002 ein Leitbild erstellt.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden (Sub-)Urbanisierung des ländlichen Raums und der damit einhergehenden Angleichung der Lebensformen in Stadt und Land wird Integration zunehmend auch abseits der großen Städte zu einer bedeutenden kommunalen Agenda. Der Österreichische Städtebund greift diese Herausforderung auf und will in den Themenfeldern Integration und Zuwanderung verstärkt Aktivitäten setzen. Zu diesem Zweck wurde im Februar 2008 ein Fachausschuss ins Leben gerufen, dem politische VertreterInnen der österreichischen Städte sowie ExpertInnen aus den Stadtverwaltungen angehören. Um ein Bild vom Stand integrationspolitischer Maßnahmen, Leitbilder und Beiräte in Österreichs Städten zu bekommen, wurde eine Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse den Ausschuss-Mitgliedern im Rahmen der zweiten Sitzung des Fachausschusses am 5. November 2008 in Amstetten präsentiert wurden. Auf Basis der Befragungsergebnisse und Diskussionen wurden gemeinsam weitere Schwerpunktesetzungen für die künftige Ausschuss-Arbeit definiert. Die weitere Vernetzung und der Erfahrungsaustausch der Städte im integrationspolitischen Bereich ist ein wesentliches Anliegen des Fachausschusses.

Der Österreichische Städtebund will den Austausch in der Integrationsarbeit fördern.

1.2 Inhaltliche Struktur des Dossiers

Der Aufbau des Dossiers orientiert sich im Wesentlichen an den drei Befragungsschwerpunkten „Integrationsleitbilder“, „Integrationsbeiräte“ sowie „Stärken und Vernetzungsbedarf“ der Städte. Nach einigen technischen Informationen zu Befragungsdesign und Rücklauf (Fragebogen siehe Anhang), wird ein Gesamtbild der erhobenen integrationspolitischen Aktivitäten gezeichnet („Landkarte der Integrationspolitik“). Die beiden Kapitel „Integrationsleitbilder“ und „Integrationsbeiräte“ bilden den Hauptteil des Dossiers, wobei die Leitbilder von sieben größeren Städten exemplarisch im Detail analysiert wurden. Dabei wurden neben dem zugrunde liegenden Integrationsverständnis, die inhaltlichen Elemente, Handlungsfelder und Entstehungsprozesse der Leitbilder vergleichend untersucht sowie Umsetzungserfahrungen der Städte festgehalten. Die erhobenen Integrationsbeiräte wurden nach ihren unterschiedlichen

Integrations-Landkarte als Gesamtbild der Integrationsarbeit.

Detailanalyse von sieben Leitbildern.

Organisationsformen kategorisiert und ihre Aufgaben, Arbeitsbereiche und Erfahrungen zusammengefasst. Der abschließende Themenblock befasst sich schließlich mit den Erfolgen der integrationspolitischen Arbeit, wie sie die Städte selbst bewerten, und wirft einen Blick auf künftige Themen, zu welchen sich die befragten Städte künftig weiter austauschen möchten.

1.3 Befragungsdesign, Rücklauf

Die Online-Befragung zu integrationspolitischen Aktivitäten, Integrationsleitbildern und -beiräten wurde als unterstützende Erhebung für den Integrations-Ausschuss des Österreichischen Städtebunds konzipiert und richtete sich an alle 256 Mitglieder. Die Befragung lief mittels eines Fragebogens im Internet und stand den Städten zwischen August und Oktober 2008 offen. Ergänzend folgten im Anschluss an die schriftliche Befragung telefonische Nacherhebungen. Insgesamt haben 94 Städte an der Befragung teilgenommen, 51 davon setzen Aktivitäten in der Integrationspolitik bzw. wollen sich künftig stärker mit der Thematik auseinandersetzen. Neben den Landeshauptstädten aller Bundesländer beteiligten sich 19 von insgesamt 25 Städten mit über 20.000 EinwohnerInnen. Sämtliche Aussagen zu den Befragungsergebnissen basieren auf den 94 eingegangenen Fragebögen (Auflistung der Städte im Anhang).

94 Städte beantworteten den Fragebogen im Internet.

Der Fragebogen beinhaltete einen Fragenblock zu vorhandenen, in Entwicklung befindlichen oder geplanten Integrationsleitbildern bzw. integrationspolitischen Aktivitäten der Städte, die unabhängig eines Leitbilds gesetzt werden. Ein weiterer Fragenblock war den Integrationsbeiräten, deren Aufgaben, deren Zusammensetzung und deren Funktionsfähigkeit gewidmet. Im Fragenblock „Kontakt und Vernetzung“ konnten die Städte Ansprechpersonen oder Dienststellen angeben, die für weitere Vernetzungsaktivitäten kontaktiert werden sollen sowie Handlungsfelder nennen, für die sie besonderen Bedarf nach Erfahrungsaustausch sehen. Schließlich konnten die Städte auch eigene Handlungsfelder/Projekte anführen, die sie als besonders erfolgreich in der Umsetzung einschätzen und die als Modelle für andere Städte dienen könnten. In einem abschließenden Block wurden schließlich Kennzahlen zur Zuwanderungssituation der Städte erhoben.

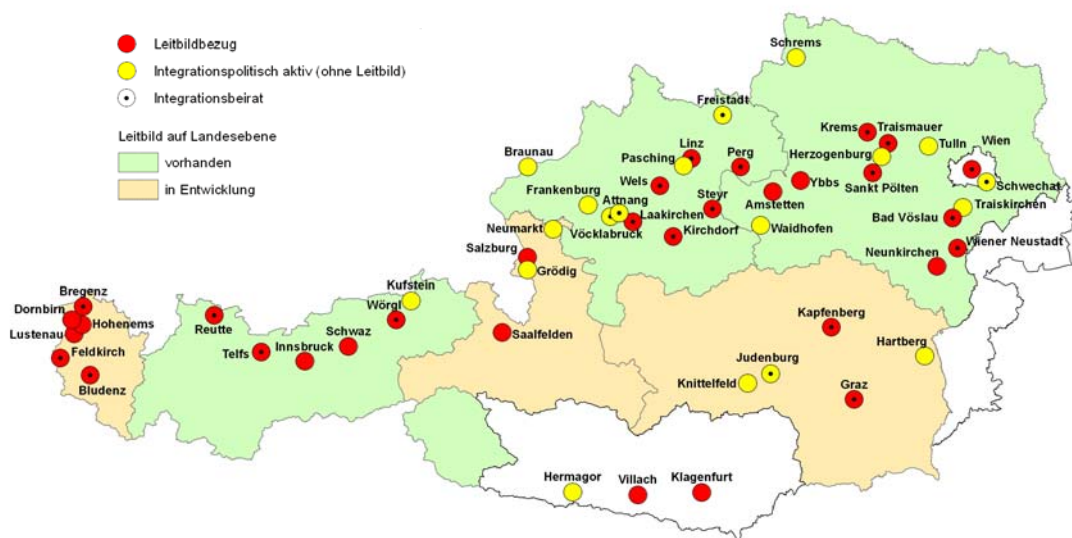
Leitbilder, Beiräte und Vernetzungsbedarf der Städte waren die Schwerpunkte der Befragung.

2 Die integrationspolitische Landkarte: ein Gesamtbild integrationspolitischer Aktivitäten

Stellt man die Befragungsergebnisse räumlich dar, entsteht ein Gesamtbild der integrationspolitischen Aktivitäten auf Ebene der Städte und Bundesländer. Die Karte verdeutlicht, dass Integration in Österreich breitflächig zum Thema wird und sich nicht nur die großen, sondern zunehmend auch die Klein- und Mittelstädte mit der Thematik befassen. Die in rot dargestellten Städte weisen einen Leitbildbezug auf, d.h. sie haben bereits ein Integrationsleitbild, entwickeln gerade eines bzw. beziehen sich in ihrer Integrationsagenda auf ein anderes Leitbild (z.B. Sozialleitbild). Gelb eingezeichnet sind jene Städte, die integrationspolitische Aktivitäten setzen, ohne auf ein Leitbild zu verweisen. Auf Landesebene liegen Leitbilder für Tirol, Ober- und Niederösterreich vor. In Vorarlberg, Salzburg und der Steiermark werden derzeit ein entsprechende Leitbilder entwickelt.

Integration ist breitflächiges Thema in Österreich.

Abb. 1: Landkarte der Integrationspolitik



Aus dieser zusammenfassenden Perspektive zeigt sich insbesondere der Bezug zwischen Leitbildaktivitäten auf Landes- und Stadteebene: In jenen Bundesländern, die über ein Leitbild auf Landesebene verfügen, weisen auch relativ viele Städte einen Leitbildbezug auf. Man kann daher vermuten, dass zwischen Leitbildaktivitaten auf Landes- und Stadteebene ein enger Zusammenhang im Sinne einer gegenseitigen Befruchtung bzw. Dynamisierung besteht.

*Leitbildaktivitaten
beeinflussen sich
wechselseitig.*

3 Integrationsleitbilder: zunehmender Trend in der städtischen Integrationsarbeit

3.1 Das integrationspolitische Engagement der österreichischen Städte: Leitbilder, Aktivitäten & Fachstellen

15 Städte geben an, bereits auf Erfahrungen mit bestehenden Integrationsleitbildern verweisen zu können (siehe Abb. 2), weitere 12 Städte befinden sich derzeit im Prozess der Leitbildentwicklung. Sechs Städte haben oder planen Integrationskonzepte im Rahmen anderer Leitbilder. Amstetten, Steyr und Reutte haben ihre integrationspolitische Agenda im Sozialleitbild verankert, Kirchdorf an der Krems und Wörgl haben Konzepte zur Integration im Rahmen der Lokalen Agenda 21 entwickelt. In Wiener Neustadt entsteht ein Zukunftsleitbild, das Integration als Querschnittsmaterie mit einbezieht. Fünf Städte verweisen ausdrücklich auf (entstehende) Leitbilder auf Landesebene und sehen daher derzeit keinen Bedarf, ein eigenes Leitbild auf kommunaler Ebene zu entwickeln. Insbesondere in den größeren Städten mit über 20.000 EinwohnerInnen ist die Beschäftigung mit Integrationsleitbildern bereits gängige Praxis. So haben 19 der insgesamt 25 Städte mit über 20.000 EinwohnerInnen eigene Leitbilder, planen welche bzw. orientieren sich an (entstehenden) Landesleitbildern.

19 der 25 Städte mit über 20.000 EinwohnerInnen beschäftigen sich mit Integrationsleitbildern.

Betrachtet man die Städte nach der absoluten Anzahl der im Ausland geborenen EinwohnerInnen bzw. EinwohnerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, zeigt sich, dass alle sieben österreichischen Städte, in denen mehr als 10.000 Personen mit einem solcherart definierten Migrationshintergrund leben, einen Leitbildbezug aufweisen (Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg Wels, Wien). 75% der insgesamt 36 Städte², in denen mindestens 2.500 im Ausland Geborene bzw. ausländische StaatsbürgerInnen leben, setzen Leitbild- bzw. Integrationsaktivitäten.

Der Prozess einer Leitbildentwicklung kann zweifelsohne eine wichtige Anstoßwirkung entfalten und zu einem Qualitätssprung in der Integrationsarbeit führen. Eine Reihe von Städten ist jedoch auch ohne auf ein Leitbild zurückgreifen zu können, integrationspolitisch aktiv (siehe Abb. 3). Insgesamt setzen 51 Städte Aktivitäten in der Integrationspolitik oder

Vor allem Klein- und Mittelstädte setzen auch ohne Leitbilder Aktivitäten in der

² Hier wurden ausschließlich jene Städte einbezogen, die Mitglieder im Österreichischen Städtebund sind; Quelle: Statistik Austria

fassen eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Thema ins Auge (siehe auch Kap.5). Für die Arbeit des Fachausschusses für Integration des Österreichischen Städtebunds bedeutet dies, auf ein großes Potenzial für Vernetzung und Erfahrungsaustausch zurückgreifen zu können.

Integrationsarbeit.

Abb. 2: Städte mit eigenem Leitbild

	< 20.000 Einw.	> 20.000 Einw.
Erfahrungen mit bestehenden Leitbildern (15)	<ul style="list-style-type: none"> •Bludenz •Kirchdorf/Kr. •Perg •Reutte •Schwaz 	<ul style="list-style-type: none"> •Telfs •Traismauer •Wörgl
		<ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Dornbirn •Krems •Salzburg •St. Pölten
Entstehende Leitbilder (12)	<ul style="list-style-type: none"> •Amstetten •Hohenems •Kapfenberg •Lustenau •Neunkirchen 	<ul style="list-style-type: none"> •Ybbs/D.
		<ul style="list-style-type: none"> •Feldkirch •Innsbruck •Klagenfurt •Villach •Wr. Neustadt
		<ul style="list-style-type: none"> •Steyr

Abb. 3: Integrationspolitisch aktive Städte ohne Leitbild

Verweis auf das (entstehende) Landesleitbild (5)	<ul style="list-style-type: none"> •Bad Vöslau •Graz •Laakirchen 	<ul style="list-style-type: none"> •Linz •Saalfelden 	
Integrationspolitische Aktivitäten (19)	<ul style="list-style-type: none"> •Attnana-Puchheim •Braunau/I. •Frankenburg •Freistadt •Grödig •Hartberg •Hermauer •Herzogenburg 	<ul style="list-style-type: none"> •Judenburg •Knittelfeld •Kufstein •Neumarkt/W. •Pasching •Schrems •Schwechat •Traiskirchen 	<ul style="list-style-type: none"> •Tulln •Vöcklabruck •Waidhofen/Y.

Mit der Einrichtung einer Fachstelle für Integration in der Verwaltung hat eine Reihe von Städten einen wichtigen Schritt zur strukturellen Verankerung der integrationspolitischen Agenda in den jeweiligen Stadtverwaltungen gesetzt. Zehn Städte, die an der Befragung teilgenommen haben, verfügen bereits über eigene Integrations-Fachstellen: Wien, Linz, Graz, Salzburg, St. Pölten, Wiener Neustadt, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz. Wien verfügt mit der MA 17 Integrations- und Diversitätsangelegenheiten als einzige Stadt Österreichs über eine eigene größere Abteilung für Integration. Das Grazer Integrationsreferat kann auf drei MitarbeiterInnen zurückgreifen, in den übrigen Städten sind maximal zwei Vollzeitkräfte für den Themenbereich zuständig. Angesiedelt sind die Fachstellen/Referate meist innerhalb der Magistratsdirektion, was von den Zuständigen weitgehend als positiv wahrgenommen wird und die Durchsetzungskraft sowie die Zusammenarbeit mit anderen Fachabteilungen und Dienststellen im Magistrat erleichtert.

Zehn Städte haben Integrations-Fachstellen eingerichtet.

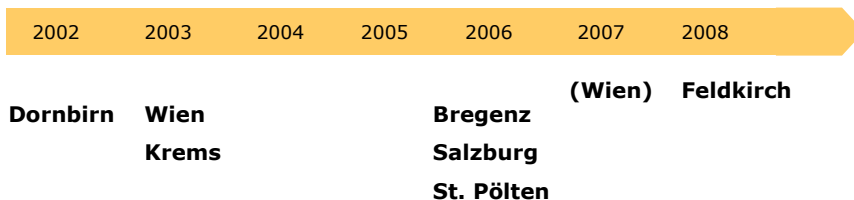
3.2 Beispielhafte Analyse ausgewählter Leitbilder

Sieben der insgesamt 15 Städte, die angaben, bereits Erfahrungen mit bestehenden Integrationsleitbildern bzw. -konzepten gemacht zu haben, wurden für eine vertiefende Analyse herangezogen. Ausgewählt wurden insbesondere die Leitbilder der größeren Städte mit über 20.000 EinwohnerInnen, die in Bezug auf das zugrunde liegende Integrationsverständnis, die inhaltlichen Elemente und Handlungsfelder sowie den Entstehungsprozess und die Umsetzungserfahrungen vergleichend untersucht wurden:

Sieben Leitbilder wurden vertiefend analysiert.

- Dornbirn (Integrationsleitbild 2002)
- Wien (Programm für Diversitätspolitik 2003 bzw. Aufgabenbericht 2007)
- Krems (Integrationsleitbild 2003)
- Bregenz (Entwicklungskonzept zur Integrationspolitik 2006)
- Salzburg (Integrationskonzept 2006)
- St. Pölten (Integrationsleitbild 2006)
- Feldkirch (Integrationsleitbild Entwurf 2008)

Abb. 4: Leitbilder größerer Städte



Die analysierten Leitbilder unterscheiden sich in manchen Aspekten (Umfang, Konkretisierungsgrad der Maßnahmen, Entstehungsprozess etc.), allen liegt aber ein gemeinsames, zeitgemäßes Grundverständnis von Integration zugrunde, das die folgenden Kernpunkte beinhaltet:

Leitbilder folgen gemeinsamem Grundverständnis von Integration.

- **Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe:** die Gesellschaft verändert sich als ganzes – die Aufnahmegesellschaft ist daher genauso in integrationspolitische Aktivitäten einzubeziehen wie die Zuwanderungsbevölkerung;
- **Vielfalt als Normalität:** wo der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kontinuierlich steigt, werden Zuwanderung und Pluralisierung zum gesellschaftlichen „Normalfall“ – und der Umgang mit Vielfalt zu einem gesellschaftspolitischen Kernanliegen;
- **Potenzial- statt Defizitorientierung:** Integrationspolitik stand lange im Zeichen eines rein problemorientierten Zugangs, eine chancen- und aufstiegsorientierte Herangehensweise wird hingegen der heutigen Zuwanderungsrealität viel eher gerecht – kompetenzfördernde Maßnahmen sollten an die Stelle der herkömmlichen „Defizitverwaltung“ treten;
- **Integration als Querschnittsmaterie:** der demographische Wandel erfordert die interkulturelle Öffnung der Regelleistungen, die von den Einrichtungen der Aufnahmegesellschaft erbracht werden – alle Abteilungen einer kommunalen Verwaltung sind daher gefordert, sich pro-aktiv mit der Thematik zu befassen und ihr Leistungsangebot anzupassen;
- **Integrationspolitik als Prozess:** Integrationspolitik bewährt sich in der Umsetzung und beständigen Weiterentwicklung von Maßnahmen – die Leitbilder dienen als Bezugspunkte und stellen einen Rahmen dar, der kontinuierlich überprüft, angepasst und vertieft werden soll.

3.2.1 Inhaltliche Elemente und Handlungsfelder der Leitbilder

Die meisten der analysierten Leitbildern verfügen über sehr ähnliche inhaltliche Kernelemente; im Wesentlichen kommen vier „Bausteine“ in nahezu allen Beispielen vor (siehe Abb. 5; Ausnahmen in grau): Eingeleitet wird in der Regel mit einem Kapitel zum Ist-Stand von Demografie und Gesellschaft, das Kennzahlen zur Entwicklung der Stadtbevölkerung beinhaltet und Informationen zu Herkunft, Religionszugehörigkeit, Umgangssprache u.ä.m. der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund liefert. In sämtlichen Leitbildern findet man auch Informationen zum Status quo integrationspolitischer Strategien, Konzepte und Aktivitäten sowie eine Bedarfsanalyse der kommunalen Integrationspolitik. Die Handlungsfelder und Leitlinien des jeweiligen Integrationsleitbildes werden anschließend abgeleitet, gefolgt von der Auflistung konkreter Maßnahmen, die im Rahmen der Leitbild-Implementierung umgesetzt werden sollen.

Abb. 5: Elemente der Leitbilder

<p>Demografie & Gesellschaft: Ist-Stand</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Dornbirn •Feldkirch •Krems •Salzburg •St. Pölten •Wien 	<p>Integrationspolitik: Ist-Stand & Bedarfsanalyse</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Dornbirn •Feldkirch •Krems •Salzburg •St. Pölten •Wien
<p>Handlungsfelder & Leitlinien</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Dornbirn •Feldkirch •Krems •Salzburg •St. Pölten •Wien 	<p>Konkrete Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Dornbirn •Feldkirch •Krems •Salzburg •St. Pölten •Wien

Thematisch sind die Leitbilder durchwegs sehr breit aufgefächert. Die genannten Handlungsfelder für die städtische Integrationsagenda umfassen im Wesentlichen das gesamte Themenspektrum der Integrationspolitik. Neben den sektoralen Handlungsfeldern, wie „Kindergarten“, „Wohnen“ oder „Gesundheit und Soziales“ werden auch die strategischen Handlungsfelder „Politik“ (Ressort oder Ausschuss für Integration), „Verwaltung“ (Einrichtung einer Fachstelle), „Diversitätsmanagement“ (interkulturelle Öffnung als Querschnittsmaterie) und „Kommunikation“ (Öffentlichkeitsarbeit, muttersprachliche Information, Medien) genannt. Die beiden letztgenannten Bereiche Diversitätsmanagement/interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Kommunikation finden ausnahmslos in allen Leitbildern Erwähnung. Über den Umsetzungsstand der Handlungsfelder können aufgrund der Analyse keine Aussagen getroffen werden, hier wurde lediglich erhoben, ob die einzelnen Handlungsfelder in den Leitbildern Erwähnung finden.

*Leitbilder sind
thematisch breit
aufgefächert.*

Abb. 6: Handlungsfelder der Leitbilder im Vergleich

	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch	Krems	Salzburg	St. Pölten	Wien
Sprachförderung	•	•	•	•	•	•	•
Kindergarten	•	•	•	•	•	•	•
Schule	•	•	•	•	•	•	•
Kulturen	•	•	•	•	•	•	•
Wohnen		•	•	•	•		•
Jugend	•	•	•	•	•	•	•
Alter	•	•			•	•	•
Gesundheit & Soziales	•	•	•	•	•	•	•
Empowerment	•		•	•	•		•
Beruf		•	•	•	•		•
Politik	•		•	•		•	
Integrationsfachstelle	•	•		•	•		•
Diversitätsmanagement	•	•	•	•	•	•	•
Kommunikation	•	•	•	•	•	•	•

3.2.2 Entstehungsprozess der Leitbilder

Der Prozess der Leitbilderstellung verlief in den analysierten Städten auf unterschiedliche Weise, wobei zwei Grundtypen unterschieden werden können. Bregenz, Feldkirch, St. Pölten und Wien legten den Prozess intern an, d.h. die Leitbilder wurden unter Mitwirkung von VertreterInnen aus Verwaltung und Politik, zum Teil auch mit Unterstützung von externen ExpertInnen, erstellt. In Dornbirn, Krems und Salzburg entschied man sich für einen geöffneten Prozess unter Beteiligung von VertreterInnen aus Politik, Verwaltung sowie Stakeholdern aus der Zivilgesellschaft (Vereine, Einrichtungen, NGOs, engagierte Einzelpersonen). Die Prozessbegleitung bzw. Verfassung der Leitbilder vergaben Dornbirn, Krems, Salzburg und Wien an externe Auftragnehmer.

*Verwaltungsinterner
versus geöffneter
Entstehungsprozess der
Leitbilder.*

Abb. 7: Entstehungsprozess der Leitbilder

Interner Prozess	<ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Feldkirch •St. Pölten 	<ul style="list-style-type: none"> •Wien
Geöffneter Prozess	<ul style="list-style-type: none"> •Dornbirn •Krems •Salzburg 	
Externe Auftragnehmer	<ul style="list-style-type: none"> •Dornbirn •Krems •Salzburg 	<ul style="list-style-type: none"> •Wien (2003)

3.2.3 Umsetzungserfahrungen ausgewählter Städte

Die Erfahrungen der Städte in der Umsetzung von Integrationsleitbildern wurden im Fragebogen nicht formell abgefragt. Die im Rahmen der Nacherhebung geführten Gespräche geben daher keine harten Daten, sondern eher einen Eindruck zu den Umsetzungserfahrungen der Städte wieder. Die folgenden Punkte haben sich herauskristallisiert:

- **Orientierung an Leitbildern führt zu Qualitätssprung in der Integrationspolitik.** Die Befassung mit Leitbildern übt innerhalb einer Institution einen Katalysatoreffekt aus und führt insgesamt zu mehr Qualität in der Integrationspolitik. Durch die Ausarbeitung von Leitbildern können neue Handlungsfelder erschlossen werden, die in der bisherigen Integrationsarbeit vernachlässigt wurden.
- **Anstoßfunktion von Leitbildprozessen.** Der Prozess der Leitbildentwicklung bringt die relevanten AkteurInnen zusammen, erzeugt einen gemeinsamen Bezugspunkt und schafft daher eine Ausgangsbasis für eine strukturierte städtische Integrationspolitik.
- **Differenzierte Umsetzung in verschiedenen Handlungsfeldern.** Primär werden Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung, im Bildungsbereich (inklusive Kindergarten), in der Jugendarbeit, im Kulturbereich sowie im Bereich Wohnen umgesetzt. Die koordinierte

Umsetzung von Integrationspolitik als Querschnittsmaterie, also die konsequente interkulturelle Öffnung aller Abteilungen bis hin zur Personal- und Organisationsentwicklung, erscheint dagegen meist nachgeordnet.

- **Wichtige Rolle von Integrations-Fachabteilungen.** Den Fachstellen kommt in der Umsetzung von Leitbildern eine zentrale Rolle als Koordinator und Initiator zu. Den Stellen obliegt es u.a., die vorhandenen Ressourcen bestmöglich einzusetzen, inhaltliche Schwerpunktsetzungen zu treffen und konkrete Maßnahmen gemeinsam mit anderen Dienststellen zur Umsetzung zu bringen.

4 Integrationsbeiräte: von der Interessensvertretung bis zur offenen Plattform

Den Integrationsbeiräten war der zweite Befragungsschwerpunkt gewidmet. Die Städte waren aufgefordert, Angaben zur Organisationsform (Kurzbeschreibung des Beirats, Bestellung der Mitglieder), zu den Aufgaben und Arbeitsbereichen sowie zur Funktionsfähigkeit des Beirats zu machen. Integrationsbeiräte sollen generell ein Bindeglied zwischen der Zuwanderungsbevölkerung, der einheimischen Bevölkerung, der Stadt (Verwaltung und Politik) sowie der einschlägigen Einrichtungen darstellen. 25 Städte geben an, einen Integrationsbeirat bzw. eine einschlägige Plattform eingerichtet zu haben.

25 Städte verfügen über einen Integrationsbeirat.

Stadt	Bezeichnung des Beirats
Attnang-Puchheim	Integrationsbeirat Attnang-Puchheim
Bad Vöslau	Integrationsarbeitskreis
Bludenz	Arbeitsgruppe Integration
Bregenz	Integrationsplattform
Feldkirch	Integrationsausschuss
Freistadt	Integrationsausschuss
Graz	MigrantInnenbeirat
Kapfenberg	Integrationsarbeitskreis
Kirchdorf	Keine Angabe
Knittelfeld	Ausländerbeirat
Krems	Interkulturelle Treffen
Laakirchen	Ausschuss für Schulen, Kindergärten u. Integration
Linz	AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz
Perg	Arbeitsgruppe Integration
Reutte	Keine Angabe
Schwechat	Integrationsbeirat
St. Pölten	Arbeitskreis Integration
Steyr	Steyrer Beirat für Integrationsfragen
Telfs	Integrationsbeirat
Traismauer	Komitee für MigrantInnen in Traismauer
Vöcklabruck	Integrationsrat
Wels	Integrationsforum
Wien	Wiener Integrationskonferenz-Vernetzungsbüro
Wiener Neustadt	Integrationsbeirat
Wörgl	Integrationsbeirat

4.1 Organisationsformen von Integrationsbeiräten

In den Städten existieren unterschiedliche Formen von Beiräten für Integrationsfragen, die sich wiederum betreffend Verbindlichkeiten, Aufgaben und Durchsetzungskraft unterscheiden.

Fünf Formen können unterschieden werden (siehe Abb. 8):

- **Politische Interessensvertretung:** VertreterInnen der Zuwanderungsbevölkerung werden gewählt bzw. lassen sich auf freiwilliger Basis aufstellen, wie beispielsweise in Linz oder Graz, wo die Mitglieder gemeinsam mit den Gemeinderatsmitgliedern gewählt werden;
- **Koordinierungsgremium:** VertreterInnen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft stellen ein Bindeglied zwischen MigrantInnen und der Kommunalpolitik dar;
- **Offener Arbeitskreis:** oft als „interkulturelle Treffen“ bezeichnet, die allen Interessierten (in- und ausländischer Bevölkerung) offen stehen;
- **Vernetzungsplattform:** zur Vernetzung einschlägiger Organisationen und Vereine;
- **Gemeinderatsausschuss:** Fachausschuss zur Beratung des Gemeinderates.

Abb. 8: Organisationsformen von Integrationsbeiräten

Politische Interessensvertretung Graz Linz Knittelfeld Traismauer	Koordinierungsgremium Bludenz Bregenz Kapfenberg Laakirchen Wr. Neustadt Schwechat Steyr Telfs Wörgl	Offener Arbeitskreis Krems St. Pölten Bad Vöslau Pera
Vernetzungsplattform Wien Wels Attnang Puchheim Reutte Kirchdorf	Gemeinderatsausschuss Feldkirch Freistadt	

Neben diesen institutionalisierten Formen, die von den Städten initiiert und getragen werden, gibt es in manchen Städten auch andere, inoffizielle Netzwerke, die eine Schnittstellenfunktion zwischen der Zuwanderungsbevölkerung und der Stadt einnehmen, etwa die Plattform der Menschenrechte in Salzburg.

4.2 Aufgaben & Arbeitsbereiche der Integrationsbeiräte

In ihrer grundlegenden Funktion als Bindeglied bzw. Kommunikationskanal zwischen der Zuwanderungsbevölkerung und der Stadt, nehmen Integrationsbeiräte insgesamt ein relativ vielfältiges Spektrum an Aufgaben wahr. Es reicht von der Vertretung der MigrantInneninteressen und Informationsangeboten für ZuwanderInnen über die Vernetzung von einschlägigen Einrichtungen bis hin zu konkreter Projekt- und Maßnahmenentwicklung sowie Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Organisation von Veranstaltungen zur Verbesserung des Dialogs zwischen Stamm- und Zuwanderungsbevölkerung).

*Vielfältiges
Aufgabenspektrum von
Integrationsbeiräten.*

Die als politische Interessensvertretung organisierten Beiräte nehmen in erster Linie die Vertretung der MigrantInneninteressen wahr und bieten Information und Hilfestellung für ZuwanderInnen an. Sie sind zum Teil aber auch auf der operativen Ebene in der Projektentwicklung und -umsetzung aktiv (z.B. MigrantInnenbeirat Graz). Die Vernetzungsplattformen setzen Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung (z.B. Wiener Integrationskonferenz), sind aber auch in die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Integrationsleitbildes eingebunden (z.B. Integrationsforum Wels). Die als Koordinierungsgremien angelegten Beiräte weisen das breiteste Aufgabenspektrum auf, das auch die integrationspolitische Grundlagenarbeit beinhaltet (z.B. Integrationsarbeitskreis Kapfenberg, Integrationsbeirat Telfs). Die gemeinderätlichen Integrationsfachausschüsse haben in erster Linie beratende Funktion für die Stadtpolitik (z.B. Integrationsausschuss Feldkirch), geben Empfehlungen ab, arbeiten zum Teil aber auch konkrete Projekte aus (z.B. Integrationsausschuss Freistadt). Die als offene Arbeitskreise konzipierten Beiräte haben vor allem die Aufgabe, AkteurInnen und Institutionen zu vernetzen (z.B. Interkulturelle Treffen Krems, Arbeitskreis Integration St. Pölten), sind aber auch in der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen aktiv (z.B.

*Von der Interessens-
vertretung bis zur
Projektentwicklung.*

Integrations-arbeitskreis Bad Vöslau).

Abb. 9: Aufgaben und Arbeitsbereiche der Integrationsbeiräte

	Politische Vertretungen	Vernetzungs-plattformen	Koordinierungs-gremien	GR-Ausschüsse	Offene Arbeitskreise
Vertretung der MigrantInneninteressen	•				
Information für MigrantInnen	•	•	•		
Beratung für Gemeinderat, Dienststellen	•		•	•	
Projekt- u. Maßnahmenentwicklung	•	•	•	•	•
Öffentlichkeit: Abbau von Barrieren, Dialog	•	•	•	•	
Vernetzung von Institutionen		•			•
Umsetzung des Integrationsleitbildes		•	•		
Grundlagenarbeit			•		

4.3 Funktionsfähigkeit & Erfahrungen von Integrationsbeiräten

Generell lassen die genannten Erfahrungen der Städte darauf schließen, dass eine gute strukturelle Verankerung der Beiräte grundsätzlich zu einer besseren Funktionsfähigkeit beiträgt. Ist die institutionelle Verankerung nicht oder nur in geringem Ausmaß gegeben, hängt die Arbeit der Beiräte oft vom Engagement Einzelner ab. Wo vorhanden, kommt den städtischen Integrationsfachstellen bei der Organisation der Beiräte bzw. der Koordination der verschiedenen Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle zu. Sie sind meist auch für die Kommunikation und den Informationsfluss unter den Mitgliedern verantwortlich.

Tragende Rolle der Integrations-Fachstellen für Funktionieren des Beirats.

Was die Funktionsfähigkeit der Integrationsbeiräte betrifft, werden von den Städten verschiedene Aspekte genannt, die je nach Organisationsform des Beirats variieren. So haben politische Interessensvertretungen etwa häufig das Problem einer geringen Wahlbeteiligung. Auch das ehren-amtliche Engagement der VertreterInnen wird zum Teil als problematisch gesehen (dies betrifft auch die anderen Organisationsformen), da oftmals keine

finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um etwa die Teilnahme an Sitzungen und dergleichen abzugelten. Die Funktionsfähigkeit der als Koordinierungsgremien organisierten Beiräte hängt – nach Angaben der Städte – sehr stark vom Engagement der Mitglieder ab. Die Vernetzungs- und Sensibilisierungsarbeit der Beiräte wird durchwegs als sehr effektiv wahrgenommen. Kritisch beurteilen die befragten StädtevertreterInnen jedoch die operative Implementierung von zur Umsetzungsreife entwickelten Projekten und Maßnahmen, hier fehle es oftmals schlicht am Budget. Bei den Beiräten, die als offene Arbeitskreise angelegt sind, wird die Vernetzungsleistung zu den relevanten AkteurInnen sowie das Engagement der Mitglieder als sehr gewinnbringend eingeschätzt, wenn auch die Verbindlichkeit und Durchsetzungskraft oft problematisch erscheint. Über die Funktionsfähigkeit der Vernetzungsplattformen und Gemeinderatsausschüsse wurden keine Angaben gemacht.

5 Stärken & Vernetzungsbedarf der Städte

Die künftig verstärkte Vernetzung und der Erfahrungsaustausch der Städte zu integrationspolitischen Themen ist ein wesentliches Anliegen des Fachausschusses für Integration des Österreichischen Städtebunds. Auch wenn einzelne Maßnahmen nicht 1:1 von einer Stadt auf eine andere übertragen werden können, sind Good Practice-Beispiele dennoch geeignet, um gute Erfahrungen weiterzugeben und für andere Kontexte nutzbar zu machen und weiterzuentwickeln. Die Städte waren daher aufgefordert, im Fragebogen jene Themenbereiche zu nennen, für die sie bereits gelungene integrationspolitische Maßnahmen entwickelt haben und die als Good Practice Modelle auch für andere Städte von Interesse sein könnten. Im Anschluss daran konnten die Städte spezifische Interessen für einen weiteren Erfahrungsaustausch angeben.

5.1 Erfolge in der städtischen Integrationsarbeit

Der am häufigsten genannte Bereich ist die Integration im Kindergarten, was vor allem die frühe Sprachförderung beinhaltet, die Beschäftigung muttersprachlicher MitarbeiterInnen sowie die Elternarbeit. Kooperationen im Schulbereich werden ebenfalls von einer Reihe von Städten angegeben. Auch hier geht es im Wesentlichen um Sprachförderung, Nachmittagsbetreuung und interkulturelle Lernbetreuung, aber auch Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für LehrerInnen. Ihr Informationsangebot für MigrantInnen bewerten sechs Städte als beispielgebend, genannt werden hier etwa spezielle Willkommensmappen in verschiedenen Sprachen, Dolmetschleistungen, Niederlassungsbegleitung u.ä.m. Der Bereich „Wohnen“ umfasst im Wesentlichen Steuerungsmaßnahmen der städtischen Wohnungspolitik, aber auch Stadtteilarbeit wird hier genannt. Die Verankerung des Fachbereichs Integration in der Verwaltung oder die Gründung eines Integrationsbeirates nennen ebenfalls sechs Städte als Good Practice-Beispiele. Die zielgruppenspezifische Sprachförderung, etwa in Projekten wie „Mama lernt Deutsch“ oder durch mobile Deutschkurse in verschiedenen Stadtteilen, stellt ein weiteres Stärkefeld der Integrationsarbeit unter den Mitgliedern des Städtebunds dar. Die Vernetzungsarbeit mit Gemeinden bzw. Vereinen aus der Region zur besseren Koordination der Integrationsarbeit sehen vier Städte als besonders gelungen an. Im Bereich der Jugendarbeit, aber auch was interkulturelle

Stärkefelder der städtischen Integrationsarbeit: Maßnahmen in Kindergarten und Schule

Frauen- und Mädchenarbeit anbelangt, nennen die Städte noch verhältnismäßig wenige Good Practice-Erfahrungen.

Abb. 10: Schwerpunktthemen erfolgreicher Integrationsarbeit (Überblick)

<p>Kindergarten</p> <ul style="list-style-type: none"> •Amstetten •Perg •Dornbirn •Salzburg •Freistadt •Schwaz •Kapfenberg •Telfs •Linz •Tulln •Lustenau •Villach •Neunkirchen •Vöcklabruck 	<p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Klagenfurt •Dornbirn •Perg •Graz •Steyr •Linz •Waidhofen 	<p>Informationsangebot</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bludenz •Klagenfurt •Bregenz •Steyr •Kapfenberg •Wien
<p>Wohnen</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Laakirchen •Dornbirn •Wels •Feldkirch •Wien •Kapfenberg 	<p>Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bludenz •Wien •Linz •Wr. Neustadt •St.Pölten •Wörgl 	<p>Sprachförderung</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bad Vöslau •Steyr •Dornbirn •Waidhofen •Kufstein •Wien
<p>Vernetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bregenz •Linz •St.Pölten •Steyr 	<p>Kultur & Dialog</p> <ul style="list-style-type: none"> •Innsbruck •Klagenfurt •Kirchdorf/Krems •Telfs 	<p>Öffentlichkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bludenz •Saalfelden •Kapfenberg
<p>Jugend</p> <ul style="list-style-type: none"> •Feldkirch •Perg •Tulln 	<p>Frauen</p> <ul style="list-style-type: none"> •Bad Vöslau •Klagenfurt •Krems 	<p>Partizipation</p> <ul style="list-style-type: none"> •Neunkirchen

Good Practice der Städte (Details)

Kindergarten: Sprachförderung/Integrationsarbeit, Elternarbeit, fremdsprachige MitarbeiterInnen	Amstetten, Dornbirn, Freistadt, Kapfenberg, Linz, Lustenau, Neunkirchen, Perg, Salzburg, Schwaz, Telfs, Tulln, Villach, Vöcklabruck
Schule: Kooperationen zwischen Eltern und LehrerInnen, Nachmittagsbetreuung, Deutschkurse, Infoveranstaltungen, Fortbildungen, interkulturelle Lernbetreuung	Bregenz, Graz, Klagenfurt, Linz, Perg, Steyr, Waidhofen/Ybbs
Informationsangebot für MigrantInnen (Willkommensmappen), „offenes Amt“, Dolmetschdienste, Niederlassungsbegleitung	Bludenz, Bregenz, Kapfenberg, Klagenfurt, Knittelfeld, Steyr, Wien
Wohnen: Ansätze zur Steuerung städt. Wohnungspolitik, Wohnungsvergabe, Stadtteilarbeit	Bregenz, Feldkirch, Kapfenberg, Laakirchen, Wels, Wien
Strukturelle Verankerung des Fachbereichs Integration in der Stadtverwaltung, Verankerung von Diversität in der Verwaltung; Aufbau sonstiger Strukturen f. Integrationsarbeit (z.B. Gründung eines Integrationszentrums)	Bludenz, Linz, St. Pölten, Wien, Wiener Neustadt, Wörgl
Sprachförderung: Zielgruppenspezifische Sprachförderung (z.B. „Mama lernt Deutsch“); mobile Sprachförderung in verschiedenen Stadtteilen	Bad Vöslau, Kufstein Steyr, Waidhofen/Ybbs, Wien
Vernetzungsarbeit mit Gemeinden bzw. Vereinen aus d. Region zur Koordination d. Integrationsarbeit	Bregenz, Linz, St. Pölten, Steyr
Kultur & Dialog: Integrationspreis (z.B. „Preis der Kulturen“); Feste; Einbindung kirchlicher Organisationen	Innsbruck, Kirchdorf an der Krems, Klagenfurt, Telfs
Öffentlichkeit: Positiver öffentlicher Umgang mit MigrantInnen (z.B. beim Bau einer Moschee), Öffentlichkeitsarbeit	Bludenz, Saalfelden, Kapfenberg
Jugend: Offene Jugendarbeit (z.B. im Jugendzentrum)	Feldkirch, Perg, Tulln
Frauen: Frauen- und Mädchenprojekte (z.B. Frauenvielfalt – Vielfalt statt Einfalt)	Bad Vöslau, Klagenfurt, Krems
Politische Partizipation: Gemeinderatsmitglieder mit Migrationshintergrund	Neunkirchen

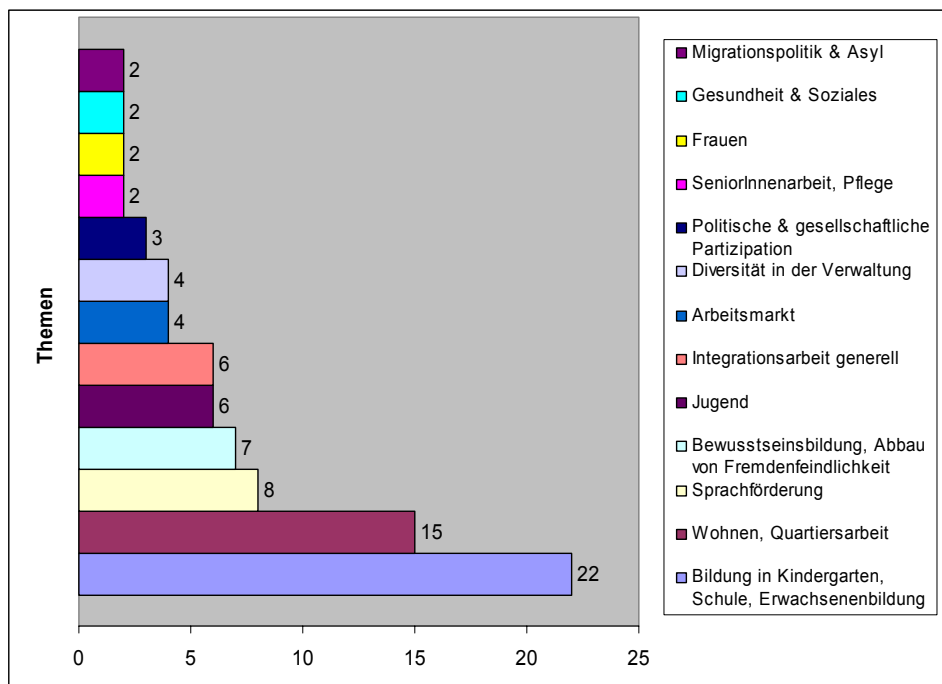
5.1 Bedarf nach Vernetzung und Erfahrungsaustausch

Die Befragung verfolgte schließlich auch das Ziel, den Bedarf der Städte nach Vernetzung und Erfahrungsaustausch zu integrationspolitischen Themen zu erheben und dem Ausschuss Integration auf diese Weise eine Grundlage für die weitere Schwerpunktsetzung zu liefern. Die Städte waren daher aufgefordert, die für sie relevanten Themenbereiche zu nennen, wobei Mehrfachnennungen möglich waren (siehe Abb.11).

Das größte Interesse nach Austausch besteht demnach im Bildungsbereich, vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Erwachsenenbildung – einem Kernbereich der Integrationsarbeit, in dem die Städte schon jetzt vielfältige Maßnahmen setzen. 22 Städte zeigen sich an einem Austausch zu diesem Themenkomplex interessiert. Am zweithäufigsten (15 Nennungen) wurde Wohnen und Quartiersarbeit genannt, wobei es in diesem Bereich vor allem um das Zusammenleben im verdichteten Wohnbau geht, um Konfliktschlichtung, um Maßnahmen im Kontext sozialräumlicher Konzentrationen sowie die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Wohnbauträgern und Zivilgesellschaft. Im Bereich Sprachförderung, vor allem was die Erfahrungen mit Alphabetisierungskursen und die Umsetzung der Integrationsvereinbarung in Bezug auf den Spracherwerb betrifft, sehen acht Städte einen aktuellen Bedarf nach Austausch.

Größtes Interesse nach Erfahrungsaustausch in den Bereichen Bildung und Wohnen.

Abb. 11: Bedarf nach Erfahrungsaustausch der Städte



6 Anhang

A Fragebogen zu Integrationsleitbild und Integrationsbeirat

1 Integrationsleitbild

- Besteht in Ihrer Stadt ein integrationspolitisches Leitbild, Konzept o.ä.? (Falls vorhanden, retournieren Sie es bitte zusammen mit diesem Fragebogen)

Ja Nein

Bitte attachen Sie das Material hier

- Wenn ja:

- Wann und ggf. aus welchem Anlass wurde es beschlossen?

max. 1500 Zeichen

- Wie wurde es beschlossen (konsensual von allen Parteien, von Regierungspartei,...)?

max. 1500 Zeichen

- Steht es in einem Bezug zu einem Leitbild, das auf Landesebene erarbeitet wurde?

max. 1500 Zeichen

- Wenn nein:

- Setzt Ihre Stadt integrationspolitische Aktivitäten, ohne auf ein Leitbild o.ä. zurückzugreifen?

max. 1500 Zeichen

- Warum wird auf ein Leitbild verzichtet (kein Problemdruck/Handlungsbedarf, Ressourcenmangel, politische Vorbehalte,...)?

max. 1500 Zeichen

- Ist die Erarbeitung eines Leitbilds geplant?

Ja Nein

2 Integrationsbeirat

- Besteht in Ihrer Stadt ein Beirat für Integrationsfragen (Integrationsplattform, Integrationskonferenz, Ausländerbeirat etc.)?

max. 1500 Zeichen

- Wenn ja:

- Wer sind seine Mitglieder (bzw. wie wurden sie bestellt)?

max. 1500 Zeichen

- Was sind seine Aufgaben?

max. 1500 Zeichen

- Wie schätzen Sie seine Funktionsfähigkeit ein?

max. 1500 Zeichen

3 Kontakt und Vernetzung

- Nennen Sie uns bitte eine Dienststelle bzw. eine Kontaktperson, über die im Rahmen des Städtebunds die weitere Vernetzung zu integrationspolitischen Fragen erfolgen soll?

max. 1500 Zeichen

- In welchen integrationspolitischen Handlungsfeldern sehen Sie den größten Bedarf nach Erfahrungsaustausch und Vernetzung mit anderen Städten?

max. 1500 Zeichen

- In welchen Handlungsfeldern sehen Sie besondere Erfolge Ihrer Stadt, die als Modell für andere Städte dienen können?

max. 1500 Zeichen

4 Allgemeine Fragen zur Zuwanderungssituation

- Anteil der nicht in Österreich geborenen Wohnbevölkerung in %

- Falls nicht verfügbar: Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in %

--

- Nennen Sie bitte die fünf wichtigsten nicht-österreichischen Herkunftsgruppen unter der Wohnbevölkerung (falls nicht auf Basis des Geburtslands möglich unter Heranziehung der nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft)

Herkunftsland 1 Anteil an der Wohnbevölkerung in %

--	--

Herkunftsland 2 Anteil an der Wohnbevölkerung in %

--	--

Herkunftsland 3 Anteil an der Wohnbevölkerung in %

--	--

Herkunftsland 4 Anteil an der Wohnbevölkerung in %

--	--

Herkunftsland 5 Anteil an der Wohnbevölkerung in %

--	--

- Gegebenenfalls: Anmerkungen zur spezifischen Zuwanderungssituation/demografischen Entwicklung in Ihrer Stadt (z.B. Dynamik der letzten Jahre, neue Herkunftsgruppen, sozialräumliche Konzentration etc.)

max. 1500 Zeichen

--

B Liste der Städte, die an der Befragung teilgenommen haben

Althofen	Innsbruck	Saalfelden am Stein.Meer
Amstetten	Jenbach	Salzburg
Arnoldstein	Judenburg	Scheibbs
Attnang-Puchheim	Kapfenberg	Schrems
Bad Goisern	Kindberg	Schwadorf an der Fischa
Bad Vöslau	Kirchdorf an der Krems	Schwarzach im Pongau
Baden	Klagenfurt	Schwaz
Bärnbach	Knittelfeld	Schwechat
Bludenz	Köflach	St. Michael in Obersteuermark
Braunau am Inn	Krems an der Donau	St. Nikolai im Sausal
Bregenz	Kufstein	St. Pölten
Brunn am Gebirge	Laa an der Thaya	Steyr
Dornbirn	Laakirchen	Stockerau
Ebenfurth	Langenlois	Straßhof
Eisenstadt	Liezen	Telfs
Fehring	Linz	Traisen
Feldkirch	Litschau	Traiskirchen
Fischamend	Lustenau	Traismauer
Frankenburg	Murau	Trieben
Frauenkirchen	Neumarkt am Wallersee	Tulln
Freistadt	Neunkirchen	Villach
Gmünd	Oberaich	Vöcklabruck
Graz	Pasching	Voitsberg
Grieskirchen	Perg	Vösendorf
Grödig	Pernegg an der Mur	Waidhofen/Ybbs
Groß Gerungs	Pinkafeld	Wattens
Hartberg	Pöchlarn	Wels
Heidenreichstein	Puchenau	Wien
Hermagor	Reichenau	Wiener Neustadt
Herzogenburg	Reutte	Wolfsberg
Hohenems	Rust	Wörgl
		Ybbs an der Donau